

Sehr geehrte Frau Dammann,

ich bedanke mich im Namen der CDU-Fraktion für Ihre Anfrage und beantworte diese wie folgt:

Die Kinderbetreuung in der Stadt Bergen ist von enormer Bedeutung. Der Betreuungsbedarf steigt und die Kapazitäten sind sowohl räumlich wie auch personell begrenzt. Ziel aller Bemühungen muss es sein, zuallererst den Rechtsanspruch aller Eltern auf einen Betreuungsplatz zu gewährleisten. Da die Kosten für die Kinderbetreuung zu nahezu drei Fünfteln durch die Stadt Bergen gedeckt werden müssen und der Haushalt nichts mehr hergibt, müssen wir überlegen, wie die gute Qualität der Betreuung angesichts steigender Kinderzahlen und sinkender Haushaltsmittel weiterhin gewährleistet werden kann. Um hier überhaupt konkrete Entscheidungen treffen zu können, braucht es Grundlagen. Daher haben CDU und Grüne einen gemeinsamen Antrag gestellt, der für alle Betreuungseinrichtungen in der Stadt Bergen, städtische und die von Evangelischer Kirchengemeinde und Lebenshilfe eine Auswertung von Gruppen, Zeiten, Kinderzahlen, Sonderdiensten, Personal und Kosten ermitteln soll. Erst nach Vorliegen dieser Zahlen können überhaupt erst Beratungen stattfinden. Ziel muss es sein, angesichts des angespannten Haushalts schnell zu Erkenntnissen zu gelangen. Umso wichtiger ist es, dass die Datenerhebung schnell durchgeführt wird.

Die Überlegungen, die Kinderbetreuung an weitere freie Träger zu geben, sollte nicht von vornherein durch die Annahme diskreditiert werden, diese böten eine schlechtere Betreuungsqualität als die städtischen Einrichtungen. Es wird zwar immer anders herum formuliert, aber im Ergebnis bedeutet es das Gleiche. Es wäre unfair, die Arbeit des evangelischen Kindergartens oder der Lebenshilfe ohne ehrlichen Vergleich derart zu bewerten. Ob es überhaupt so weit kommt, werden erst die Beratungen nach Auswertung der KiTa-Zahlen zeigen.

Es ist der CDU-Fraktion auch wichtig, über alle Kindertagesstätten ein gleichmäßiges und vergleichbar gutes Betreuungsniveau anzubieten. Deshalb muss auch darüber nachgedacht werden, ob und unter welchen Bedingungen weitere Betreuungsplätze in den vorhandenen Gruppen der KiTa Neuer Weg untergebracht werden können. Die Alternative wäre, weitere Betreuungsplätze im kommenden Jahr nicht anbieten zu können und damit Eltern im Regen stehen zu lassen. Das widerspricht unserer gesetzlichen Verpflichtung aber auch dem Solidarprinzip.

Die Kosten der Kinderbetreuung werden durch immer neue politische Vorgaben in die Höhe getrieben, aber von Land und Bund nur unzureichend gedeckt. Wir halten den Grundgedanken, die Kinderbetreuung weiter zu verbessern und die MitarbeiterInnen der Einrichtungen zu entlasten für richtig. Aber finanziell werden die Kommunen dabei im Stich gelassen. Wir schlagen gern vor, mit allen Eltern und ErzieherInnen die Landesregierung in Hannover anzuschreiben und dort um mehr finanzielle Verantwortung einzufordern für die optimale Betreuung unserer Kinder und Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Bis dahin müssen wir auch im Bereich der Kinderbetreuung mit den Mitteln umgehen, die wir haben. Wir müssen in allen Bereichen den Gürtel enger schnallen und belasten Vereine, Schulen, Jugendeinrichtungen. Bei den KiTas haben wir den Zenit der Bedarfe noch nicht erreicht. Die Deckung bei guter Qualität darf unsere finanziellen Möglichkeiten nicht überfordern, aber eben auch nicht auf dem Rücken der Kinder, Eltern und ErzieherInnen ausgetragen werden. Dieser Aufgabe müssen wir uns stellen, damit wir am Ende unseren Pflichten fair und angemessen nachkommen können.

Mit freundlichen Grüßen


Eckart

-Fraktionsvorsitzender-